

Landespressekonferenz am 07. April 2025

Frühjahresreport der GEW NRW

Sprechzettel Ayla Çelik, Landesvorsitzende GEW NRW

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich, Ihnen hier heute zusammen mit Prof. Dr. Christian Reintjes den ersten GEW-NRW-Frühjahrsreport vorzustellen.

Beginnen möchte ich mit der aus meiner Sicht wichtigsten Erkenntnis: Wir haben die richtigen Menschen im System. Unsere Lehrkräfte und das pädagogische Personal sind hoch motiviert, arbeiten gern in ihrem Beruf und zeigen eine beeindruckende Resilienz. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck von Professionalität, Haltung und pädagogischer Leidenschaft. Und das ist die zentrale Botschaft: Nicht die Menschen sind das Problem – im Gegenteil, sie sind die größte Stärke unseres Schulsystems!

Die Zufriedenheit mit der Berufswahl und der Arbeitstätigkeit ist insgesamt auf einem guten Niveau, aber es gibt einen signifikanten Unterschied: Die Zufriedenheit mit der Arbeitstätigkeit ist deutlich niedriger als mit der Berufswahl. Das ist ein Indiz dafür, dass Teilaspekte der Tätigkeit die Gesamteinschätzung trüben. Und diese Teilaspekte können wir sehr genau identifizieren: herausfordernde Schüler*innen, bildungspolitische Neuerungen und administrative Aufgaben. Zu jedem dieser Aspekte möchte ich gerne etwas sagen, weil sie nur unter den gegenwärtigen Umständen besonders belastend wirken:

Herausfordernde Schüler*innen: Gerade der Umgang mit herausfordernden Schülerinnen ist ein gutes Beispiel: Unsere Kolleginnen brennen dafür, diese Kinder zu fördern, sie pädagogisch zu begleiten und zu unterstützen. Doch dafür fehlt im Alltag oft das Wichtigste – Zeit, Raum und ausreichende personelle Unterstützung. Das Problem sind nicht die Kinder – das Problem ist das System, das die Lehrkräfte mit diesen Herausforderungen viel zu oft alleinlässt. Es braucht mehr multiprofessionelle Teams, mehr Zeit für Beziehung und individuelle Förderung – gerade dort, wo die Herausforderungen groß sind. Die Schulen in schwieriger sozialer Lage müssen besser ausgestattet werden. Der Sozialindex in NRW muss

dringend gestärkt werden – und zwar nicht als Trostpflaster, sondern dauerhaft als verlässliches Steuerungsinstrument. Wer Ungleiches gleichbehandelt, macht Bildungsungleichheit zur Systemfrage.

Bildungspolitische Neuerungen: Die Kolleg*innen sind nicht grundsätzlich gegen Innovation – im Gegenteil. Aber sie sind frustriert, wenn Maßnahmen nicht praxistauglich sind, wenn Kommunikation fehlt oder wenn die Umsetzung an der Realität vorbeigeht. Die Kolleg*innen sehen, dass die bildungspolitischen Entscheider*innen die Probleme zwar sehen, aber nicht die Maßnahmen treffen, die wirklich entlasten. Viele Kolleg*innen erleben neue Vorgaben und Maßnahmen nicht als Hilfe, sondern als zusätzliche Belastung. Das ist keine Kleinigkeit. Das ist ein strukturelles Problem, das Vertrauen kostet und Ausdruck einer Bildungspolitik ist, die zu oft an denen vorbeiplant, die sie umsetzen sollen. Deshalb sagen wir: Weniger Ankündigungen, mehr Zusammenarbeit mit denen, die Schule wirklich kennen – mit uns Gewerkschaften und Verbänden- den Interessenvertretungen der Beschäftigten!

Belastung durch administrative Aufgaben, die nichts mit dem pädagogischen Auftrag zu tun haben und trotzdem immer mehr Raum einnehmen, ist ein bekanntes Feld: von der Planung und Buchung von Klassenfahrten bis hin zur Dokumentation von Gesprächen und Vorfällen bis hin zur Aktualisierung von Tablets. Man müsste meinen, es wäre doch ein Leichtes mehr Verwaltungsassistent*innen und technischen Support bereitzustellen, damit unsere Lehrkräfte ihren eigentlichen Aufgaben in vollem Umfang nachgehen können.

Die Ergebnisse zeigen klar: Schulen mit einer guten Kooperationskultur, einer unterstützenden Schulleitung und ausreichenden Entlastungsmöglichkeiten für Zusatzaufgaben können Belastungen besser abfedern. Doch solche Bedingungen entstehen nicht von selbst. Sie müssen systematisch geschaffen und gefördert werden. Es ist nun Aufgabe der politisch Verantwortlichen und der Arbeitgeber, aus diesen Erkenntnissen Konsequenzen zu ziehen. Die psychische Gesundheit der Beschäftigten darf nicht dem Zufall überlassen werden. Schulen brauchen verbindliche und verlässliche Maßnahmen, die das Wohlbefinden der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals systematisch verbessern – nicht nur für sie selbst, sondern auch für die Qualität von Bildung insgesamt.

Gesundheit ist kein Privatvergnügen, sondern Arbeitgeberverantwortung. Denn eines zeigt der Report auch ganz klar: Psychische Gesundheit ist keine individuelle Frage der

Belastbarkeit – sie ist das Ergebnis von Rahmenbedingungen. Daher braucht psychische Gesundheit stabile Strukturen – nicht nur individuelles Durchhaltevermögen. Und wer die Gesundheit des Kollegiums stärken will, muss dafür sorgen, dass die Strukturen stimmen: mit weniger Druck, mit mehr Zeit, mit echter Entlastung.

Unsere Forderungen sind daher klar – und sie sind machbar.

Wir fordern:

- Stärkung der Schulleitungskompetenzen
 - Förderung der Gesundheitskompetenz in Führungspositionen
 - Aktive Maßnahmen zur Unterstützung des Kollegiums
- Förderung verlässlicher Kooperationsstrukturen im Kollegium
- Gezielte und weitreichende Entlastungsmaßnahmen: weniger Bürokratie, ausreichende Ausstattung mit Entlastungsstunden
- Sozialindex aufstocken – Ungleiches ungleich behandeln- gezielte Unterstützungsangebote für Schulen in schwierigen Lagen
- Gesundheitsförderung systemisch verankern: eine Schulaufsicht, die aktiv zur Gesundheitsförderung beiträgt – weg von Verhaltensprävention hin zu Verhältnisprävention! Denn: Wer Schule verbessern will, muss bei den Bedingungen anfangen – nicht bei den Menschen.

Die Kolleginnen machen ihre Arbeit gerne – aber sie erwarten zu Recht, dass diese Arbeit endlich auch möglich gemacht wird. Seit 2022 haben fast 2.500 Lehrkräfte ihren Beruf verlassen – und darunter waren fast 900 Beamtinnen. Wer verbeamtet ist und trotzdem kündigt, tut das nicht leichtfertig. Das ist kein individuelles Problem, das ist ein systemischer Notruf.

Was der Report zeigt, ist kein Alarmismus – es ist Realität. Und Realität muss politisch ernst genommen werden. Wir werden die Landesregierung daran messen – spätestens beim nächsten Frühjahrsreport in zwei Jahren.

Deshalb sagen wir heute: Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Wer Schule stärken will, muss jetzt handeln. Nicht irgendwann. Nicht nach der nächsten Wahl. Jetzt.

Vielen Dank.

